



Natalie Rickli
8400 Winterthur

Ansprache zur Bundesfeier 2010 im Kreis 7 in Zürich und Wildberg, ZH

Freie Meinungen, freie Medien, freie Schweiz

von Nationalrätin Natalie Rickli, Winterthur

Es gilt das gesprochene Wort

Am 1. August feiern wir den Geburtstag der Schweiz. Am 1. August feiern wir in der Regel die Gemeinsamkeit. Die eingeladenen Politiker sprechen über den nationalen Zusammenhalt und suchen das Gemeinsame, das Miteinander, das verbindende Element von uns Schweizerinnen und Schweizer. Es wird zur Geschlossenheit aufgerufen. Man wünscht sich Einstimmigkeit.

Ist es denn nötig, dass wir alle einer Meinung sind?

Differenzen zu haben, kann **unangenehm** sein. In der Familie, unter Freunden oder bei der Arbeit ist es uns allen lieber, wenn wir keine Differenzen haben. Wenn es keinen Streit und keine Auseinandersetzungen gibt. Dann können wir uns besser auf die Arbeit konzentrieren. Dann ziehen wir am gleichen Strick. Dann ist alles einfacher.

Meinungsverschiedenheiten können aber auch **etwas Gutes** sein. Zum Beispiel in der **Politik**. Dort ist es sogar zwingend nötig, dass diskutiert wird. Das führt auch dazu, dass einmal gestritten wird. Das ist auch nicht schlimm. Im Gegenteil, verschiedene Meinungen führen zu einer Diskussion. Und der **Wettstreit verschiedener Meinungen** hilft, eigene Aussagen zu überprüfen, Fehler zu vermeiden und den Horizont zu erweitern.

Wenn die Politiker keine Differenzen mehr haben, wird es oft gefährlich. Staaten, in welchen die Politiker **keine Differenzen** haben, sind meistens **keine Demokratien**:

- Es sind **Diktaturen**, in denen einzig die Ansicht des Machthabers vertreten werden darf. Ein Beispiel ist etwa **Nordkorea** – ein Staat, in welchem eine einzige Person bestimmt, was gilt.
- Oder es sind Staaten, die eine strikte **religiöse Ordnung** verfolgen. In solchen Staaten hat die Meinungsfreiheit meistens keinen Platz. Ein Beispiel für ein solches Land ist etwa der **Iran**, in welchem das islamische Recht allen staatlichen Überlegungen übergeordnet ist. Da bleibt kein Raum für persönliche Ansichten.

In der Demokratie ist dies anders: Ohne verschiedene Meinungen gäbe es gar keine Demokratie. **In der Demokratie gehört die Diskussion und die Meinungsdifferenz dazu!**

Die Freiheit eine **eigene Meinung** zu vertreten, ist für uns alle unverzichtbar. Wir nennen dieses Recht „**Meinungsäusserungsfreiheit**“.

Die Meinungsfreiheit – ein kostbares Gut

Das **Recht auf freie Meinungsäusserung** gibt es noch nicht so lange – auch wenn es in den westlichen Demokratien gar nicht mehr wegzudenken ist. Noch nicht weit zurück liegt die Zeit, in der man seine Meinung noch nicht frei und offen äussern durfte.

Blenden wir kurz zurück: Um 1450 hat Gutenberg den **Buchdruck** erfunden. Seit dieser Zeit mussten Bücher nicht mehr mühsam abgeschrieben werden. Die **Vervielfältigung** wurde **einfacher**. Plötzlich war es möglich, Texte und Meinungen in **hoher Auflagenzahl** rasch zu verbreiten.

Darin sahen die weltlichen und geistlichen Herrscher ein **grosses Risiko**: Es galt als gefährlich, wenn sich das Volk eine eigene Meinung bildete. 1487 erliess der Vatikan eine Bestimmung, dass ohne bischöfliche Erlaubnis keine Schrift mehr gedruckt werden dürfe. Und 1559 wurde gar ein **Verzeichnis der verbotenen Bücher** veröffentlicht.

Gleichzeitig erliess auch der Kaiser ein Verbot, ohne seine Genehmigung Schriften zu veröffentlichen. Die **staatliche Zensur** war allgegenwärtig.

Öffentliche Meinung bedeutet Macht

In der Zeit der Reformation zeigte es sich deutlich: Der **öffentliche Gedankenaustausch, politische Diskussionen** und die Verbreitung von Wissen und Argumenten bedeutet **Macht**. Darum wollten die Kaiser und Päpste jeden öffentlichen Gedankenaustausch verbieten: Er hätte ihre Macht gefährden können.

Doch das Bedürfnis der Bürger nach Informationen konnte nicht mehr gestoppt werden. Im Gegenteil: Mit der **wirtschaftlichen Entwicklung** wuchs das **Bedürfnis nach aktuellen Informationen** immer mehr. Der wachsende Handel und überregionale Warenverkehr führte zu einem immer intensiveren Nachrichtenaustausch. So entstanden allmählich **gedruckte und periodisch erscheinende Blätter** – die Vorläufer unserer heutigen Zeitungen.

Warum erzähle ich Ihnen all diese Sachen? Ganz einfach: Weil die Situation auch heute noch genau gleich ist:

- ⌘ **Öffentliche Meinung** bedeutet **Macht**.
- ⌘ Die Machthaber – das heisst: die Politiker – sehen es oft nicht gerne, wenn im Volk oder in den Medien **kritische Diskussionen** geführt werden.
- ⌘ Das Bedürfnis der Bevölkerung nach **aktuellen Nachrichten** ist ungebrochen.

Die Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit

Vor diesem Hintergrund sehen wir, wie wichtig die **Meinungsäusserungsfreiheit** für unser Staatswesen ist. Der freie Austausch von Meinungen ist das **Kernstück der Demokratie**. Jeder Bürger soll sich seine Meinung frei bilden und diese auch äussern können.

In diesem Zusammenhang zeigt sich, wie wichtig die **Medienfreiheit** für die Demokratie ist: Eine öffentliche Diskussion kann nur stattfinden, wenn Meinungen auch in der **breiten Öffentlichkeit** ausgetauscht und in **grosser Auflage** verbreitet werden können. Fernsehen, Radio, Zeitungen, Internet und andere Medien sind für die Meinungsbildung und -verbreitung zentral.

Die Politiker und die Parteien sind auf die Medien angewiesen, um ihre Standpunkte verbreiten und einer grossen Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Die Medien sind umgekehrt aber auch auf die Politiker angewiesen, denn sie brauchen Inhalte und Geschichten.

Wichtiger Auftrag der Medien in der Demokratie

Es ist für unser Land und die Politik wichtig, dass es **viele verschiedene Meinungen** gibt, die in eine Diskussion einfliessen können. Gleichzeitig ist es von Bedeutung, dass es möglichst **viele verschiedene Medien** gibt:

- ⌘ Zeitungen mit verschiedenen politischen Ausrichtungen
- ⌘ Fernsehsender mit unterschiedlichen Programmen
- ⌘ Radiostationen mit eigenen Hörerkreisen
- ⌘ Medien mit unterschiedlichem Zielpublikum

Die Medien haben einen enorm wichtigen Auftrag in der Demokratie.

Dies hat sogar das **schweizerische Bundesgericht** bestätigt: In einem Entscheid aus dem Jahre 1911 ist festgehalten, die Presse haben den Auftrag, bei Problemen, welche die Öffentlichkeit beschäftigen, auf **praktische Lösungen** hinzuwirken. Zudem hätten die Journalisten generell den Auftrag, allfällige „**Missbräuche im Gemeinwesen**“ aufzudecken.

Treffender könnte man es kaum formulieren.

Unabhängige Medien bringen Vielfalt

Um solche Missbräuche aufdecken und frei kommentieren zu können, ist es wichtig, dass die Medien **möglichst unabhängig** sind. Freiheit und politische Unabhängigkeit haben die einzelnen Medienunternehmen dann, wenn sie **vom Staat unabhängig** organisiert und finanziert sind.

Staatliche Interventionen im Medienbereich sind **enorm heikel**. Viele Politiker vertreten die Ansicht, ein vielfältiges Angebot lasse sich nur mit **staatlichen Fördermassnahmen** erreichen. Dies ist aus meiner Sicht eine gefährliche Fehleinschätzung. Staatliche Medienförderung führt zu **Abhängigkeiten** und ist **für die freie demokratische Meinungsbildung äusserst gefährlich**.

Aus meiner Sicht hat der **Staat** im Medienbereich nur ganz wenige Aufgaben. Er muss nur die **Grundversorgung** mit Radio und Fernsehen abdecken. Wo es keine privaten Sender gibt, muss ein Minimum an Information, Politik und Kultur sichergestellt werden. Damit spreche ich vor allem die **Versorgung der Randregionen** an, wo Private oft nicht rentabel arbeiten könnten.

Ansonsten aber muss sich der Staat aus dem Medienbereich heraushalten: Nur so bleibt die Demokratie lebendig.

Staatliche Zurückhaltung ist wichtig

Leider sind die derzeitigen Zustände weit entfernt von meiner Idealvorstellung. Vor einem Jahr sagte ich in meiner 1. August-Rede, die **medienpolitischen Verhältnisse** in der Schweiz seien bald **näher bei der alten UdSSR** als einer freien Demokratie:

*Wer in der Schweiz als **Privatunternehmer** beispielsweise einen **Radiosender** aufbauen will, hat es nicht einfach. Erstens braucht er eine Sendefrequenz. Angesichts der Tatsache, dass **70% der UKW-Frequenzen in SRG-Hand** sind und sich die privaten Sender knapp 30% der Frequenzen untereinander aufteilen müssen, ist schon dies nicht ganz einfach.*

*Eine gute Frequenz erhält man nur mit einer **Konzession des zuständigen Bundesamtes**. Der Staat sagt den Sendern dann, in welchem Gebiet sie senden dürfen. Gleichzeitig erhalten sie aber auch einen Auftrag aus Bundesbern, was sie senden sollen. Die Bundesverwaltung gibt schlussendlich Untersuchungen in Auftrag, in denen geprüft wird, ob die konzessionierten Sender ihren Auftrag auch brav ausführen. Für all dies erhalten die privaten Radio- und Fernsehsender noch etwas Geld – sogenannte **Gebührenanteile**. Damit sind sie definitiv abhängig vom Staat.*

Diese Staatseingriffe und die **überbordende Gesetzgebung** greifen letztlich die **Grundsäulen unserer Demokratie** an. Medien, die vom Staat abhängen, sind ein Risiko für eine freie Demokratie.

Neue Technologien – neue Möglichkeiten

Umso wichtiger sind die neuen Technologien. Neue Entwicklungen eröffnen auch **neue Kommunikationsmöglichkeiten**. Davon profitieren die Konsumenten, auch Sie und ich. Heute kann man seine Meinung auch via Internet, in Blogs, auf Facebook oder Twitter kundtun.

Anfangs haben diese neuen Möglichkeiten vor allem die Jungen genutzt, heute sind die Angebote aber auch für viele ältere Menschen unverzichtbar geworden. Auf Facebook kann man interaktiv mitmachen. Es werden Gruppen für oder gegen etwas gegründet. Letztthin wurde via Internet sogar erstmals eine Partei gegründet; die „Tierpartei“. Man kann Fan einer Gruppe, Partei oder Person werden. Man kann Artikel diskutieren, kommentieren und Interessantes weiterverbreiten. Man kann mit den Politikern in direkten Kontakt treten. **Die eigene Meinung ist gefragt**, wird kommentiert und sogar die Medien nutzen die neuen Möglichkeiten für ihre Recherchen.

Auch bei den Politikern war es so: Zuerst war es eher die jüngere Generation, die es schnell verstand, das Internet politisch zu nutzen. Mittlerweile sind aber auch viele

älteren Politiker im Netz. Sie haben gemerkt, dass das Internet und die neuen Möglichkeiten unverzichtbar geworden sind. Früher, auch heute noch, gab es für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit einen Leserbrief zu schreiben. Übrigens ist dies auch heute noch empfehlenswert; die Leserbrief-Seite ist eine der bestgelesenen Seiten in einer Zeitung! Mit den neuen Angeboten haben die Stimmbürger aber ganz neue Möglichkeiten mit zu politisieren. Und ich glaube, dass so das Interesse der Jungen an der Politik grösser wird. *Ich nenne das „**Demokratie 3.0**“.*

Bei allen Vorteilen des Internets und solcher neuen Möglichkeiten besteht auch immer die Gefahr, dass der Staat einschreitet. Die Medienunternehmen – allen voran die elektronischen Medien – haben zunehmend mit der **staatlichen Paragraphenflut** zu kämpfen. Dies verteuert die Arbeit, lähmt Innovation und schmälert damit das Angebot. Das Tempo des technischen Fortschritts erhöht sich zusehends. Internet, Skype, digitales Radio und Fernsehen sind Errungenschaften unserer Zeit. Es ist **falsch**, all diese Bereiche nun auch noch staatlich **bis ins Detail zu regeln**.

Wir müssen unserer Medienordnung Sorge tragen, wie wir auch unserer Demokratie Sorge tragen müssen. Die **Rahmenbedingungen für die Medienunternehmen** müssen **liberaler** werden, staatliche Interventionen sind zurückzubinden.

Gerade in der derzeit wieder **aufflammenden Diskussion** über einen **EU-Beitritt** sind diese Aspekte sehr wichtig. In dieser Diskussion geht es um die Demokratie und um die **Mitbestimmungsrechte des Volkes**.

Brüssel hebt Nationalstaaten aus

Edmund Stoiber, der ehemalige bayrische Ministerpräsident, ist heute **Präsident der europäischen Kommission für Bürokratieabbau**. Er war im Frühjahr zu Gast an einer Konferenz des schweizerischen Gewerbeverbandes. Seine Ausführungen waren hochinteressant.

Stoiber hat untersucht, wie viele **neue Gesetze** in Deutschland von **1998 bis 2004** – also während 6 Jahren – in Kraft getreten sind. Das Ergebnis habe ihn selber überrascht: Es seien rund **21'000 neue Vorschriften** erlassen worden!

Und jetzt kommt der interessante Punkt: Von diesen 21'000 neuen Vorschriften hatten nur 3'000 – also rund 15 Prozent – ihren Ursprung in Berlin. Ganze **18'000 Vorschriften** – also etwa 85 Prozent – hatten ihren **Ursprung in Brüssel**.

Wenn Deutschland 85 Prozent der Gesetze direkt aus Brüssel übernehmen muss, fragt man sich natürlich, warum dieses Land überhaupt noch eigene Parlamente hat.

Stoiber sagte treffend: „Die politische Diskussion findet oft erst statt, wenn die Grundsatzentscheidungen von der EU schon längst getroffen sind. Deshalb gibt es immer wieder wirklichkeitsfremde Regelungen, die bei den betroffenen Unternehmen und Bürgern keine Akzeptanz finden und für Unmut sorgen.“

Oder anders gesagt: Auf EU-Ebene wird **undemokratisch entschieden** – ohne dass vorher eine Diskussion oder ein Meinungsaustausch stattgefunden hätte. Es gibt keine europäische Öffentlichkeit – keine europäischen Diskussionen, keine europäischen Medien. Doch dieses Demokratiedefizit finde sich nicht nur in der EU, sondern **auch in den einzelnen Mitgliedstaaten**. Nehmen wir Deutschland als Beispiel.

Direkte Demokratie in der EU – undenkbar?

In Deutschland gibt es auf Ebene der Bundesländer von Zeit zu Zeit eine Volksabstimmung. Vor wenigen Wochen wurden die **Hamburger Stimmbürger** an die Urne gerufen, um die **Bildungspolitik** ihrer Stadt mitzugestalten. Sie erteilten der Regierung eine Abfuhr. Dieses **Votum gegen die Schulreform** gab bundesweit zu reden.

Sind Volksentscheide wünschbar oder nicht? Die Reaktion der Parteien spricht Bände:

- Die **Opposition** befürwortet **weitergehende Mitspracherechte**. SPD, Grüne und Linke sprechen sich dafür aus, auch weitere Themen bundesweit zur Abstimmung zu stellen und die Bürger unmittelbar mitentscheiden zu lassen.
- Die **regierenden Parteien** CDU und FDP hingegen sind **skeptisch**. Die bayrische CSU möchte immerhin europapolitische Fragen vor das Volk bringen.

SPD und Grüne wollen Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen und beklagen, die notwendigen Änderungen des Grundgesetzes seien immer wieder von den CDU-Exponenten blockiert worden. Die **Linkspartei** spricht gar von der „**Vitalisierung der Demokratie**“ – etwas, was wir uns von **alten Kommunisten** doch eher weniger gewohnt sind.

Dagegen hören wir von den regierenden CDU-Politikern die berühmten Argumente der „Classe politique“: Es gehe um „sehr komplexe Themen“, welche die Grundfesten des deutschen Staates berühren. Hier dürfe nicht nach „Zufallsmehrheiten“ oder gar nach „aktuellen Stimmungen“ entschieden werden.

Diese Positionen sind zu offensichtlich: Wechseln die politischen Verhältnisse wieder in Deutschland, werden die linken Parteien ebenso schnell gegen weitere Mitspracherechte der Stimmbürger sein, wie die CDU und FDP diese befürworten werden. **Es geht um Macht**. Es geht um die **öffentliche Meinung**. Und wer an der Macht ist, lässt sich diese nicht gern beschneiden.

Sind die Bürger zu dumm für die Demokratie?

Schlimm ist vor allem der Unterton dieser Meinungsäußerungen: Das Volk wird als dumm hingestellt. Volksabstimmungen können offenbar nicht durchgeführt werden, weil „Emotionen“ mitspielen könnten:

- ⌘ Man hat Angst vor öffentlichen Diskussionen und emotionalen Auseinandersetzungen.
- ⌘ Man hat Angst vor einer politischen Eigendynamik – oder anders gesagt: vor der Eigenverantwortung der Bürger.
- ⌘ Man hat Angst davor, dass die Bürger anders argumentieren und entscheiden könnten als die Politiker.

Da kann ich nur den Kopf schütteln. Wer die Bürger so geringschätzig abqualifiziert, ist eigentlich selber eine **Gefahr für die Demokratie**. Beispiele gibt es auch in unserem Land genug.

Emotionen sind nichts Schlechtes. Bei mir spielen ab und zu Emotionen mit: Freude, aber auch Ärger und Sorge. Das ist ja ganz normal, wenn man als Politiker mit Herz bei der Sache ist!

Doch dafür scheinen die Deutschen wenig Verständnis zu haben. **Direkte Demokratie** und Volksentscheide seien „**wie Schnaps**“, hiess es in der „Zeit“. Als Beispiel wurde die Schweiz angeführt: Kaum ein Volksentscheid sei wirklich „fortschrittlich“ ausgefallen, wird kritisiert. Das Nein zum UNO-Beitritt, zum EWR oder auch die klare Ablehnung des EU-Beitritts anno 2001 werden als Beispiele dafür angeführt, dass das Schweizer Volk rückwärtsgewandt und konservativ votiert.

Vor allem hätten die Volksabstimmungen ein „**aufhaltendes Moment**“: Nur schon das Andeuten eines Referendums könne **politischen Druck** erzeugen. Dies hält der Journalist für gefährlich, weil so mitunter die Arbeit der Parlamentarier blockiert werde. Fazit des Journalisten: „Das Referendum ist wie ein Schnaps: Es belebt die Sinne, doch zu reichlich genossen, benebelt er sie und schafft Seh- und Gehstörungen.“

Traurige Argumentation der Classe politique

Die Worte der „classe politique“ sind bekannt: Das Volk ist **zu „störrisch“** und **zu wenig fortschrittlich**. Es hat zu wenig Weitblick und entscheidet zu oft nach Emotionen.

Dies bestreite ich auf der ganzen Linie:

- Wie oft schon hat gerade das **Volk Weitblick bewiesen**, indem es Beschlüsse von Parlament oder Bundesrat verworfen und noch einmal zur Überarbeitung zurückgegeben hat.
- Für die **Stabilität** eines Landes ist es von grösster Bedeutung, dass **auch über Emotionen** frei diskutiert werden kann. Dies ist in unserer Demokratie möglich. Und unsere **direkte Demokratie** hat sich **bewährt. Sie gibt uns die Freiheit zur Verschiedenheit!**

Es ist gut, wenn wir uns am 1. August wieder einmal darauf besinnen, was unser Land stark und unabhängig gemacht hat. Eine grosse Stärke ist, dass die Schweiz dem Einzelnen **enorm viel Freiheit**, aber auch **Mitgestaltungsrechte** bietet.

Wir alle sind frei, uns eine **eigene Meinung** bilden zu dürfen. Wir alle sind frei, diese Meinungen untereinander austauschen und **diskutieren** zu dürfen. Wir kennen die **Meinungsfreiheit und die Medienfreiheit**, die in unserer Bundesverfassung verankert sind.

All dies, sehr verehrte Damen und Herren, gilt es zu bewahren. **Schätzen wir am heutigen Tag die Meinungsäusserungs- und die Medienfreiheit in unserem Land**, die es auch mit sich bringt, dass wir einmal Differenzen haben dürfen.

Sind wir dankbar für die Demokratie, die das ermöglicht und für die Freiheit, die uns unser Land gibt. Und seien wir uns auch bewusst, dass an diesen Säulen ab und an gerüttelt wird. **Ich möchte Sie darum bitten, mit mir weiterhin für eine freie, unabhängige und neutrale Schweiz einzustehen!** Ich danke Ihnen.